

Eidgenössisches Polizei- und  
Justizdepartement EJPD  
Bundeshaus West  
3003 Bern

Bern, 16. November 2018/YB  
VL Referendum Staatsverträge

Per Mail an: [reto.feller@bj.admin.ch](mailto:reto.feller@bj.admin.ch)

**Obligatorisches Referendum für völkerrechtliche Verträge mit verfassungsmässigem Charakter.  
Änderung der Bundesverfassung  
Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen**

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung der oben genannten Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

FDP.Die Liberalen begrüsst die vorgeschlagene Verfassungsänderung, die von Seiten FDP angestossen (Motion [15.3557](#) Caroni) und vom Parlament mit klarem Mehr überwiesen wurde. Analog zum Landesrecht, wo für Verfassungsänderungen die Referendumpflicht gilt, soll in Zukunft auch Völkerrecht mit verfassungsmässigem Charakter obligatorisch dem Volk unterbreitet werden. Dadurch wird eine breitere demokratische Abstützung von Völkerrecht erreicht. Es ist staatspolitisch richtig, dass wichtige völkerrechtliche Verträge, die materiell verfassungsmässigen Gehalt haben, der Zustimmung von Volk und Ständen bedürfen. Die Vorlage stärkt damit nicht nur die Legitimation von Völkerrecht, sondern darüber hinaus auch die Volksrechte.

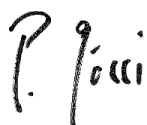
Mit den im Entwurf enthaltenen Kriterien (Art. 140 Abs. 1 Bst. b<sup>bis</sup> Ziff 1-4), die den verfassungsmässigen Charakter genauer eingrenzen, sind wir im Grundsatz einverstanden. Jedoch braucht es aus unserer Sicht keine spezifische Regelung für völkerrechtliche Verträge, deren Umsetzung eine Verfassungsänderung verlangen, da in diesem Fall die Anpassung der Bundesverfassung ohnehin dem obligatorischen Referendum untersteht. Sinnvollerweise wird die Verfassung in diesem Fall entweder vorgängig oder gleichzeitig mit der Genehmigung des Abkommens (also in einem Paket) angepasst.

Abschliessend möchten wir anregen, dass die Umsetzung der Motion [15.3557](#) Caroni eng auf die Umsetzung der Parlamentarischen Initiative [16.456](#) der SPK-S abgestimmt wird. Letztere verlangt die Klärung der Zuständigkeiten bei einer eventuellen Kündigung eines Staatsvertrages. Im Sinne des Parallelismus ist das Stimmvolk für die Kündigung zuständig, wenn es bereits die Genehmigung abgesehen hat. Beide Vorlagen stärken im Ergebnis die direktdemokratische Legitimation von Völkerrecht.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Argumente.

Freundliche Grüsse  
FDP.Die Liberalen  
Die Präsidentin

Der Generalsekretär



Petra Gössi  
Nationalrätin



Samuel Lanz